

## Von Krise zu Krise – Transformation ohne Ende?

Tagung des SFB 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ und des Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ am 14./15.6.2012 in Jena

### Panel 1: Krise des Wohlfahrtsstaates

## Von der Krise zur Transformation des Wohlfahrtsstaates?

### Ein Diskussionsanreiz in dreizehn Zehnzeilern

Stephan Lessenich

#### 1 Die gesellschaftliche Bedeutung des Wohlfahrtsstaats

**Der Wohlfahrtsstaat ist nicht nur eine „technische“ Apparatur zur Bearbeitung typischer sozialer Problemlagen der (spät)industriellen Gesellschaftsformation. Er ist die spezifische Form politischer Vergesellschaftung im demokratischen Kapitalismus.** Nur verstanden als ein solch basaler Modus „politisch veranstalteter Vergesellschaftung“ (Kaufmann) – als Wohlfahrtsstaat *writ large* – erschließen sich seine Funktionserfordernisse und seine Legitimationsbedarfe, seine institutionelle Eigenlogik und seine widersprüchliche Entwicklungsdynamik, kurz: seine „Kulturbedeutung“ (Weber). Die angemessene Form der wissenschaftlichen Beobachtung, Analyse und Kritik seiner regulativen Ideen und seiner sozialen Praxis ist dementsprechend eine – polit- ökonomisch fundierte – Politische Soziologie des Wohlfahrtsstaats.

#### 2 Die permanente Krise des Wohlfahrtsstaats

**Der Wohlfahrtsstaat ist der institutionalisierte Krisenbewältigungsmechanismus des demokratischen Kapitalismus. Als solcher verkörpert er die Krise in Permanenz.** Der Wohlfahrtsstaat vermittelt zwischen den widersprüchlichen Strukturlogiken kapitalistischer Demokratien: Seine Institutionen suchen ökonomische Erfordernisse und soziale Forderungen zu vereinbaren, politisches Gleichheitsideal und wirtschaftliche Ungleichheitsproduktion in ein operatives – stets prekäres – Gleichgewicht zu bringen. Damit wird er zum institutionellen Adressaten antagonistischer Interessen – und des Zorns der Zukurzgekommenen auf beiden (bzw. allen) Seiten der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse. Die beliebte Rede von der „Krise des Wohlfahrtsstaats“ ist somit analytisch kaum weiterführend: die Krise ist sein Schicksal.

### 3 Der Wohlfahrtsstaat in der gegenwärtigen Krise

**Der Wohlfahrtsstaat als struktureller Krisenmanager bewegt sich derzeit allerdings in einem besonders krisenhaften Umfeld. Es ist absehbar, dass sich sein politischer Handlungsspielraum in Zukunft weiter reduzieren wird.** Die Weltwirtschaftskrise 1929ff. hat den modernen Interventionsstaat erst auf den Plan gerufen, die Ölpreiskrisen der 1970er Jahre haben zur neoliberalen Hegemonie eines (jedenfalls rhetorisch) militanten Antietatismus geführt. Die zur Staatsschuldenkrise redefinierte und umfunktionierte Krise des Finanzmarktkapitalismus wird sich als dauerhafte Hypothek des überkommenen wohlfahrtsstaatlichen Interventionsmodus erweisen: Noch so eine Schuldenbremse, und er ist verloren. Bei den Wohlfahrtsstaatsfinanzen ist die Ära des Postwachstums bereits eingeläutet – mit krisenverschärfenden Konsequenzen.

### 4 Kapitalismus als Funktionsbezug – Ökonomisierung als Schicksal?

**Der moderne Wohlfahrtsstaat ist ein kapitalistischer Staat, sein Handeln funktional auf die Akkumulationsbewegung und Verwertungsbedingungen des Kapitals bezogen. Als Konstitutionsmerkmal des Wohlfahrtsstaats ist dies keineswegs neu, aber zuletzt sicht- und spürbarer geworden.** Und dies so offensichtlich und handgreiflich, dass die Diagnose der (weitergehenden) Ökonomisierung außerökonomischer Lebensbereiche sogar bis in die Theorie funktionaler Differenzierung vorgedrungen ist. Die gegenwärtige Logik und Dynamik wohlfahrtsstaatlicher Intervention wird durch die lange Welle kommodifizierender „Landnahme“ (Dörre) eines flexiblen Kapitalismus bestimmt. Auch unter diesen Umständen bleibt der Wohlfahrtsstaat jedoch ein institutionell eigenlogischer, relativ autonomer Akteur der Strukturierung sozialer Ungleichheit.

### 5 Demokratie als Wertbezug – Depolitisierung als Menetekel

**Die relative Autonomie des Wohlfahrtsstaats gegenüber ökonomischen Imperativen beruht auf seiner demokratischen Verfasstheit. Die Krise der Demokratie ist insofern gleichbedeutend mit Legitimationsproblemen des Wohlfahrtsstaats.** Der Wohlfahrtsstaat unterliegt im institutionalisierten Neoliberalismus einer spezifischen Dialektik von Politisierung und Depolitisierung: Die Vermarktlichung (auch) der öffentlichen Wohlfahrtsproduktion ist ein politisches Projekt, das entpolitisiertend wirkt. Während gesellschaftlich machtvolle Akteure die Umstellung sozialpolitischer Intervention auf den vermeintlich unpolitischen Organisationsmodus von „Wohlfahrtsmärkten“ bewirken, bedingt die graduelle Privatisierung auch eine Depolitisierung des Sozialen, die mit der Diagnose von der „Postdemokratie“ (Crouch) nur unzureichend erfasst wird.

## 6 Soziale Bewegung und das Unbehagen am Wohlfahrtsstaat

**Das Unbehagen an einer „marktgerechten“ (Merkel) Elitendemokratie wird in den europäischen Gesellschaften immer offenkundiger. Was sich als eine Gefährdung der nationalen Staatsbürokratien ausnimmt, ist eine Chance für den europäischen Wohlfahrtsstaat.** Wie auch immer man dazu stehen mag: Von Madrid und Athen bis nach Frankfurt und Tottenham, von Attac über die Piraten bis zu den Cinque Stelle mehrten sich die Stimmen, dass etwas faul ist im Staate Europa. Es gehört zu den Strukturmechanismen des demokratischen Kapitalismus, dass sozioökonomische Kämpfe staatlich „abgelenkt“ und in sozialpolitische Konflikte transformiert werden. Was strukturelles Mitleid mit dem „schwarzen Peter“ Wohlfahrtsstaat hervorrufen mag, kann zugleich die Saat zu dessen eigener Transformation legen – deren Aufgehen freilich ungesichert ist.

## 7 Wohlfahrtsstaatlicher Wandel I: Umbauende Ab-/Neubauten

**Nach herrschender sozialwissenschaftlicher Meinung war der „neoliberale Angriff“ (Pelizzari) auf den Wohlfahrtsstaat im Kern erfolglos. Eine solche Diagnose verkennt die (im Zweifel negativen) Strukturbildungseffekte marktliberaler Politik.** Zwar behauptet wohl nur noch die neoliberale Orthodoxie, dass der Wohlfahrtsstaat eine gefräßige Maschine sei. Aber auch weite Teile der einschlägigen Forschung sehen kein nachhaltiges *retrenchment* (Pierson) des Wohlfahrtsstaats: zu veränderungsresistent sei dessen Institutionensystem, zu mächtig die Koalition der „Besitzstandswahrer“. Bei einem Blick hinter die Kulissen institutionellen Immobilismus ist allerdings zu erkennen, wie stark die zukünftigen Bedingungen wohlfahrtsstaatlicher Politik durch passiv-aggressive Strategien des *drifting* und *layering* (Hacker) präformiert worden sind.

## 8 Wohlfahrtsstaatlicher Wandel II: Verwertende Um-/Aufwertungen

**Der politisch-soziale Erfolg neoliberaler Ökonomisierungspolitiken beruht auch auf dem Bild des Markts als Mechanismus sozialer Inklusion. Die sozialwissenschaftlich gestützte Inklusionsmetaphorik ebnete den Weg politischer Konsensbildung für den „aktivierenden Wohlfahrtsstaat“.** Der kommodifizierende Umbau des Wohlfahrtsstaats erfolgt nicht nur mit Verweis auf das liberale Normativ der „Eigenverantwortung“. Die auf *employability* (EU-talk) zielende Verwertungsprogrammatik wird zudem mit einem sozialen Aufwertungsversprechen verknüpft: für Frauen und Alte, Unterschichten wie Migrant/innen soll Arbeitsmarktpartizipation nunmehr Anerkennung bedeuten – und vice versa. Der leere Signifikant der „Aktivierung“ steht für diese Verknüpfung – als Erfolgsgeheimnis einer Lib-Laboralisierung des Wohlfahrtsstaats.

## 9 Wohlfahrtsstaat und Wachstum: Szenen einer Ehe

**Der wohlfahrtsstaatliche Vergesellschaftungsmodus hat funktional wie legitimatorisch stets vom „Mehr“ gelebt. Wachstum und Wohlfahrt sind hier aufs engste miteinander verkoppelt: Es geht um die Umverteilung jener Teile des materiellen Mehrprodukts, die nicht privat angeeignet werden.** Für die Soziale Marktwirtschaft der Nachkriegszeit („Wohlstand für alle“) wie den heutigen Aktivierungsstaat („Bildung für alle“) gilt die produktivistische Leitlinie, dass Lebenschancen, Teilhabe, Zugehörigkeit oder jede beliebige andere soziale Wertbestimmung nur durch die permanente Steigerung des wirtschaftlichen Wertprodukts zu realisieren sind. Und zumal gegenwärtig dominiert eine (an den soziologischen Klassikern geschulte) gesellschaftspolitische Programmatik, wonach auf „soziale Probleme“ aller Art schlicht mit „mehr Integration“ (Münch) in die Werte- und Statusordnung der Erwerbsgesellschaft zu reagieren sei. *(Nun gut, elf Zeilen.)*

## 10 Scheiden tut weh: Postwachstum und Wohlfahrtsstaat

**Schon der Wachstumswohlfahrtsstaat war unter der Oberfläche des „Mehr für alle“ durch strukturelle Asymmetrien und wohlfahrtspolitische *trade-offs* gekennzeichnet. Nun steht die wohlfahrtsstaatliche Formation endgültig vor „*politics in hard times*“ (Gourevitch) – und damit vor neuartigen Verteilungskämpfen.** Nur unter Ausblendung seines Geschlechter-, Migrations- und Handelsregimes lässt sich der „alte“ Wohlfahrtsstaat als reines Positivsummenspiel verklären. Gleichwohl ist nicht zu leugnen, dass die Wohlfahrtsstaaten des globalen Nordens heute vor grundlegend veränderten Verteilungskonstellationen stehen. Die „neue soziale Frage“ lautet, wie unter den Bedingungen stagnierender oder abnehmender Ressourcenausstattung die Idee sozialer Berechtigung aufrechterhalten – bzw. überhaupt wiederbelebt – werden kann.

## 11 Jenseits der neoliberalen Verzichtsideologie

**Ein Wohlfahrtsstaat der Negativsummenspiele ist jenseits neoliberaler Verzichtsideologie zu denken. Denn wenn es im herrschenden Politikmodus heißt, dass „Alle“ die Gürtel enger zu schnallen hätten, stehen die gesellschaftlichen Gewinner und Verlierer immer schon von vornherein fest.** Der politisch unterstützten Ökonomisierung des Sozialen sind keine immanenten Stoppregeln gesetzt: der Verwertungshunger „der Märkte“, sprich der großen und kleinen Kapitaleigner, ist prinzipiell unstillbar. Wenn es aber kein systeminternes „Genug“ gibt, müssen entsprechende Grenzen politisch gesetzt werden – als öffentlich auferlegter Verzicht auf die private Profitrealisierung (oder gar -maximierung). Doch sind politische Akteure, die in diesem Sinne kollektiv bindende Entscheidungen fällen könnten und verantworten wollen, kaum in Sicht.

## 12 Transformation des Wohlfahrtsstaats I: Die Wiederaneignung des Sozialen

**Die Revitalisierung des Wohlfahrtsstaats wird kein Akt endogener Selbsttransformation sein. Die regulative Neuorientierung des herrschenden Modus „politisch veranstalteter Vergesellschaftung“ hat einer externen Dynamik gesellschaftlich veranstalteter Politisierung zu entspringen.** „Will today’s rising pressures to reorganize society in line with the ever more demanding requirements of capital accumulation ... not at some point have to provoke a new Polanyian countermovement ... ?“ Streecks Megafrage spätindustrieller Gesellschaftspolitik muss einstweilen unbeantwortet bleiben. Die Antwort wird davon abhängen, ob es gelingt, das Gesellschaftliche der Ökonomie wie der Politik gesellschaftlich wieder in Erinnerung zu rufen. Hier liegt die Zukunft eines demokratischen Wohlfahrtsstaats – und die Aufgabe kritischer Soziologie.

## 13 Transformation des Wohlfahrtsstaats II: *Social rights going global*

**Eine gesellschaftliche Bewegung zur Demokratisierung des Wohlfahrtsstaats wird nicht auf nationaler Ebene Halt machen können – ebenso wenig wie die sozialwissenschaftliche Diskussion um dessen Zukunft. Das Konzept „Globaler Sozialer Rechte“ kann als Leitbild einer transnationalen wohlfahrtsstaatlichen Perspektive fungieren.** Wusste Heimann das „konservativ-revolutionäre Doppelwesen“ der frühen sozialen Bewegung zu erkennen, so können „Global Social Rights“ zur reformistisch-revolutionären Doppelbewegung werden: „Als positives Recht ermöglichen sie nicht nur Schutz und Ressourcenzugang, sondern auch Selbstermächtigung. Als Rechtsutopie machen sie ... dort weiter, wo das positive Recht auf seine Grenzen stößt.“ (Samsa) Kritischer Maßstab des Gegebenen, normative

### Literatur des Autors zum Thema

#### **Grundlagentexte:**

Lessenich, Stephan (2009a): „Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft“, S. 126-177 in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa, *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Unter Mitarbeit von Thomas Barth. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lessenich, Stephan (2009b): „Aktivierungspolitik und Anerkennungsökonomie. Der Wandel des Sozialen im Umbau des Sozialstaats“, in: *Soziale Passagen. Journal für Theorie und Empirie Sozialer Arbeit* 1 (2), S. 163-176.

Lessenich, Stephan (2011a): „Constructing the Socialized Self. Mobilization and Control in the ‚Active Society‘“, S. 304-319 in: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann & Thomas Lemke (eds.), *Governmentality. Current Issues and Future Challenges*. New York/London: Routledge.

### **Jüngste Publikationen:**

Lessenich, Stephan (2011b): „Die Wiederaneignung des Sozialen“, S. 194-204 in: Matthias Machnig (Hg.), *Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand*. Frankfurt/New York: Campus.

Lessenich, Stephan (2012a): *Sozialstaatstheorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Lessenich, Stephan (2012b): „‘Aktivierender‘ Sozialstaat: eine politisch-soziologische Zwischenbilanz“, S. 41-53 in: Reinhard Bispinck et al. (Hg.), *Sozialpolitik und Sozialstaat*. Festschrift für Gerhard Bäcker. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.